

## Ute Finckh

### »Angenommen, alle anderen Mittel wären ausgeschöpft...« – Aber das sind sie nicht!

**D**ie Definition von Wolfgang Sternstein, wonach Bellizisten Menschen sind, für die der Krieg das letzte Mittel ist, nachdem alle anderen Mittel versagt haben, lässt außer Betracht, ob diese Menschen vorhaben, dieses letzte Mittel selber anzuwenden (also als Soldaten in den Krieg zu ziehen), oder ob sie es im Falle eines Falles anderen überlassen. Wer sich entscheidet, selber als Soldat oder als bewaffneter Freiheitskämpfer zu den Waffen zu greifen, trägt die körperlichen und psychischen Risiken, die damit verbunden sind, selber. Wer andere in den Krieg schickt oder dafür plädiert, dies zu tun, geht kein persönliches Risiko ein.

Es ist eine interessante Frage, wo Gandhi in seiner Abstufung vom Feigling über den bewaffneten Kämpfer hin zum Satjagrahi PolitikerInnen eingeordnet hätte, die junge Männer und zunehmend auch junge Frauen in Kriege schicken, die als »humanitäre Intervention« bezeichnet werden, allzu oft aber durch nur notdürftig verbrämte Eigeninteressen wirtschaftlicher oder politischer Art begründet sind. Ist ein solcher Politiker wirklich mit jemandem, der »mit Waffengewalt gegen Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung kämpft«, auf eine Stufe zu stellen?

Außerdem: Wer ist denn berechtigt, festzustellen, dass der Zeitpunkt gekommen ist, Krieg »als letztes Mittel der Konfliktaustragung« einzusetzen?

Selbst wenn ich einmal beiseite lasse, dass »Konfliktaustragung« hier ein sehr problematischer Begriff ist – wie lässt sich entscheiden, dass »alle anderen Mittel versagt haben«, wenn in einem Krisengebiet die ganze Welt über Jahre hinweg tatenlos zugehört hat, wie der Konflikt eskalierte? Ist schon die Tatsache, dass niemand in der Konfliktregion dazu in der Lage war, friedliche Mittel der Konfliktaustragung durchzusetzen, als Versagen dieser Mittel anzusehen? Oder müssten die, die als Außenstehende vorhaben, militärisch zu intervenieren, erst einen – vielleicht noch zu definierenden – Katalog nichtmilitärischer Mittel ernsthaft (d.h. mit einem personellen und finanziellen Einsatz, der mit dem derzeit üblicher militärischer Maßnahmen vergleichbar ist) ausprobiert haben, bevor sie sich als »Bellizisten« im Sinne von Wolfgang Sternstein für eine militärische Intervention einsetzen dürfen?

PazifistInnen sind für mich Menschen, die sich aktiv dafür einsetzen, dass Konflikte auf allen Ebenen des menschlichen Zusammenlebens friedlich ausgetragen werden. Also im persönlichen Bereich, im innergesellschaftlichen Bereich des Landes, in dem sie leben, und im zwischenstaatlichen

Bereich. Friedliches Austragen von Konflikten beginnt lange vor der »Gewaltfreien Aktion«. Es beginnt da, wo Eltern nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, ihre eigenen Interessen und die ihrer Kinder so gegeneinander abzuwägen, dass die emotionalen Bedürfnisse und Entwicklungsspielräume aller Familienmitglieder gleichwertig berücksichtigt werden. Oder da, wo ErzieherInnen und LehrerInnen vermitteln und vorleben, wie wichtig es ist, nicht nur den eigenen Standpunkt zu sehen, sondern sich auch mal innerlich in die Position des jeweiligen Konfliktpartners zu versetzen und sich zu überlegen, wie man sich an dessen Stelle fühlen oder verhalten würde. Und es setzt sich fort in Diskussionen und Meinungsbildungsprozessen in Bürgerinitiativen, Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Parteien – oder auch am Arbeitsplatz, in Parlamenten – mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg.

Unser Land verfügt wie seine europäischen Nachbarländer über ein Rechtssystem, in dem im Großen und Ganzen die »Gleichheit vor dem Gesetz« gilt, was historisch und im internationalen Vergleich gesehen alles andere als selbstverständlich ist. Es gibt zusätzlich in vielen Bereichen eigene Gremien oder Institutionen für bestimmte Auseinandersetzungen, z.B. für Tarifverhandlungen, Nachbarschaftsstreitigkeiten, Einsprüche gegen Gebührenbescheide, Reklamationen usw.

Dass PazifistInnen sich natürlich auch mit den Ursachen von Konflikten und der Frage befassen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse von Menschen als so gewalttätig empfunden werden, dass manche ihrerseits mit Gewalt reagieren, sei nur am Rande erwähnt. Dazu wurde im letzten Heft genug gesagt.

In den letzten 20 Jahren haben PazifistInnen entscheidende Beiträge dazu geleistet, zusätzliche Methoden der gewaltfreien Konfliktaustragung zu etablieren und weiterzuentwickeln. Stichworte hierzu sind z.B. Runde Tische, Mediationsverfahren, Streitschlichtung. Sie haben sich mit konstruktiver Konfliktbearbeitung im kommunalen Bereich, mit Friedenserziehung und Friedenspädagogik, mit Gewaltprävention im Sport und vielen anderen Dingen befasst.

In unserem Land herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass Konflikte im persönlichen und gesellschaftlichen Bereich gewaltfrei gelöst werden sollten. Gewaltprävention ist längst ein selbstverständlicher Arbeitsbereich der Polizei geworden. Körperliche Gewaltanwendung in Auseinandersetzungen in Familien oder Schulen wird straf-

rechtlich verfolgt und ist gesellschaftlich verpönt, politisch oder ideologisch motivierte Gewalt – egal, von welcher Gruppe – ebenso. Direkte Gewaltanwendung durch die Polizei wird in aller Regel auf »Verhältnismäßigkeit« überprüft. Niemand käme auf die Idee, ein Hochhaus, in dem sich Terroristen verschanzt haben, die die BewohnerInnen als Geiseln genommen haben, durch die Luftwaffe der Bundeswehr bombardieren zu lassen. Stattdessen gibt es Polizeipsychologen und sorgfältig ausgebildete Spezialeinsatzkommandos, die versuchen würden, alles Menschenmögliche zu unternehmen, um die Geiseln unversehrt zu befreien – auch wenn das im Einzelfall bedeutet, die Geiselnnehmer entkommen zu lassen.

Auch darüber, dass eventuelle Konflikte mit unseren Nachbarstaaten friedlich gelöst werden können und sollen, besteht Einigkeit. Wir sind »von Freunden umgeben«, EU-Recht und internationale Abkommen verschiedenster Art haben in den letzten Jahrzehnten einen stabilen Rahmen für den Interessenausgleich in Europa und die Austragung eventueller Konflikte geschaffen, und mit dem Ende des Ost-West-Konflikts waren auch die von der Friedensbewegung kritisierten Bedrohungsszenarien obsolet geworden.

### ■ ... in den USA intervenieren?

Der ganze Streit zwischen »Pazifisten« und »Bellizisten« geht also darum, ob in anderen Regionen der Welt Konflikte durch Einsatz von Gewalt gelöst werden können oder sollen. In Bezug auf Konflikte im zwischenmenschlichen Bereich wird wohl auch hier Einigkeit darüber bestehen, dass »Krieg« nicht als Mittel der Konfliktlösung in Frage kommt (sonst müsste angesichts der vielen Toten durch Schusswaffen in den USA am Ende ernsthaft darüber nachgedacht werden, ob da nicht eine Intervention angebracht wäre...). Erst da, wo gesellschaftliche Konflikte mit Waffengewalt ausgetra-

gen werden, geht die Diskussion über Krieg als letztes Mittel der Politik los. Und dabei wird dann schnell vergessen, welche immensen Ressourcen ins Militär fließen, wie gering im Vergleich dazu die Gelder sind, die für die zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention zur Verfügung stehen – und wie halbherzig die Versuche, die politischen und ökonomischen Ursachen von Krieg und Gewalt international zu reduzieren.

Daher bin ich – anders als Wolfgang Sternstein vermutet – als Pazifistin schon lange nicht mehr bereit, diese Diskussion zu führen.

»Angenommen, alle anderen Mittel wären ausgeschöpft« – aber das sind sie ja nicht. Angenommen, Landminen und der Export von verniedlichend »Kleinwaffen« genannten Gewehren wären international geächtet, angenommen, der OSZE ständen genauso viele qualifizierte zivile MitarbeiterInnen und genauso viel Geld zur Verfügung wie für SFOR/EUFOR und KFOR ausgegeben wurden und werden, angenommen, der Zivile Friedensdienst und die Noviolent Peaceforce bekämen Mittel und Personal im gleichen Umfang wie die ISAF, angenommen, für Friedens- und Konfliktforschung würde aus öffentlichen Haushalten genauso viel Geld bereitgestellt wie für die Entwicklung von MEADS, angenommen, »konsequente Armutsbekämpfung und die nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse in Entwicklungsländern« (Originalton Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« der Bundesregierung vom 12.5.2004) würden von der Bundesregierung in ihrer eigenen Wirtschaftspolitik konsequent umgesetzt und in internationalen Gremien eingefordert – wenn das alles erfüllt ist, diskutiere ich gerne wieder über Gewalt als letztes Mittel der internationalen Politik. Aber ich glaube, das wäre dann nicht mehr nötig.

*Ute Finckh ist Vorsitzende des BSV (Bund für Soziale Verteidigung)*



## Martin Otto Die Alternative wäre der Wechsel ins Lager des Bellizismus

**W**olfgang Sternstein fragt, ob der europäische Pazifismus versagt habe, weil es den PazifistInnen nicht gelingt, ihre Mitmenschen theoretisch und durch praktisches Handeln davon zu überzeugen, dass Gewaltfreiheit besser ist als Gewalt. Daher habe noch keine konstruktive Alternative zu Krieg und Gewalt, z.B. in Form von Friedensbrigaden, aufgebaut werden können. Wäre sie geschaffen, würde sich die Konfrontation von PazifistInnen und BellizistInnen in Wohlgefallen auflösen.

Ja, so gesehen hat der europäische Pazifismus wohl versagt. Und jeder außereuropäische doch wohl auch. Mahatma Gandhi und Martin Luther King haben ihre Landsleute auch nicht in einem solchen Maße überzeugt, dass Indien und die USA heute ohne Militär da stehen würden. (Oder ist mir etwas entgangen?)

Kann das »Versagen des Pazifismus« unter anderem damit begründet werden, dass die PazifistInnen – jedenfalls viele von ihnen – ja selber nicht von der These überzeugt sind, Gewaltfreiheit sei